

# Antrieb für Bremsklotz

Der heutige, völlig antiquierte Datenschutzbegriff ist mitverantwortlich für das bestehende E-Government-Desaster in Deutschland, sagt Ulrich Schlobinski im Kommune21-Interview. Der Vorsitzende von Databund fordert eine Reform des Datenschutzrechts.

*Herr Schlobinski, Databund, der Bundesverband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor, hat im Mai ein Datenschutz-Forum veranstaltet. Warum beschäftigt sich Ihr Verband so intensiv mit dem Thema Datenschutz?*

Unsere Kunden, die kommunalen Verwaltungen, bei denen die Fachverfahren der Databund-Mitgliedsunternehmen im Einsatz sind, werden täglich damit konfrontiert, dass Datenschützer ihren Umgang mit Personendaten sehr genau beobach-

dest in einem Punkt Einigkeit: Es gilt nicht per se, Daten zu schützen, sondern die informationelle Selbstbestimmung des Bürgers zu garantieren. Daraus ergibt sich eine Verschiebung der Prioritäten, die modernes E-Government im Facebook-Zeitalter überhaupt erst möglich macht.

*Was heißt das konkret?*

Informationen wie Name, Telefonnummer und Anschrift, die in jedem Telefonbuch zu finden sind,

1.500 kommunale, 16 Länder- und ein Bundes-Beauftragter interpretieren ihre Ansprüche an den Datenschutz unterschiedlich.

Das macht ihn entweder unbezahlbar oder wirkungslos. Einheitliche Grundsätze, klare und einfache Durchführungsbestimmungen sowie offene Verfahren sind ein Muss,



Ulrich Schlobinski

## „Transparenz beim Management kommunaler IT-Prozesse ist der beste Datenschutz.“

ten. Das ist auch gut so. Doch die gesetzlichen Grundlagen sind nicht mehr zeitgemäß und beruhen auf gesellschaftlichen Annahmen, die älter sind als 25 Jahre. Damals gab es noch nicht einmal das Internet. Für effizientes Verwaltungshandeln existiert beim Datenschutz ein hoher Reformbedarf.

*Welches war das wesentliche Ergebnis des Datenschutz-Forums von Databund?*

Zwischen Datenschützern und den mittelständischen Anbietern von kommunaler IT besteht zumin-

fallen in der kommunalen IT zu Unrecht unter verschärfte Geheimhaltung. Merkmale wie Familienstand oder das Geburtsdatum müssen zwar geschützt werden, sollten aber gleichzeitig in verschiedenen Fachbereichen der Verwaltung wie dem Personenstandswesen und dem Einwohnermeldewesen verwendet werden dürfen. Missbrauch kann hier wirksam ausgeschlossen werden. Das gehört bei den Databund-Mitgliedern seit Langem zum Tagesgeschäft.

*Und was sind Ihre Erwartungen an die Datenschützer?*

um den Bremsklotz Datenschutz bei der Entwicklung moderner kommunaler IT-Lösungen zu einem Antrieb zu machen.

*Sie fordern also eine Nivellierung des Datenschutzes?*

Er muss vor allen Dingen vereinfacht werden und sich auf das Wesentliche konzentrieren. Der Datenschutz muss mit der technologischen Entwicklung mithalten und darf sie nicht verhindern. Bei Innovationen wie dem elektronischen Personalausweis darf er die Verfahren nicht so überfrachten,

dass sie für den Bürger nicht mehr handhabbar sind. Und er muss die Erwartung der Bürger an die Sicherheit ihrer Daten erfüllen. Das aktuelle Datenschutzverständnis ist geprägt vom Volkszählungsurteil von 1983. Wir erleben gerade wieder eine Volkszählung. Sehen Sie den Unterschied? Da hat sich in unserer Gesellschaft ein radikaler Wandel vollzogen. Den darf der Datenschutz nicht verschlafen.

*Was leisten die Databund-Mitglieder?*

Gefragt ist heute nicht der Schutz, sondern der sichere Umgang mit persönlichkeits- und unternehmensbezogenen Informationen. Sven Thomsen, Leiter des technischen Referats beim Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz

Schleswig-Holstein, hat in seinem Referat bei unserem Datenschutz-Forum definiert, was bei uns alltägliche Praxis ist: Die Selbstauskunft von Systemen ermöglichen, transaktionsbasierte Protokollierung, transparentes Release-Management, einfache Testung, professionelle Datensicherung und -wiederherstellung sowie eine vom Kunden kontrollierbare Fernwartung. Anders ausgedrückt: Transparenz beim Management kommunaler IT-Prozesse ist der beste Datenschutz.

*Wie werden Sie das Thema Datenschutz weiter verfolgen?*

Eine Veranstaltung wie das Datenschutz-Forum ist ein Impuls für die weitere Entwicklung. Johannes Landvogt, Referatsleiter

beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, und Sven Thomsen haben mit uns offen diskutiert und erfreulicherweise auch manche Fehlentwicklung konstatiert. Dieser Dialog muss weitergehen. Der heutige, völlig antiquierte Datenschutzbegriff ist mitverantwortlich für das bestehende E-Government-Desaster in Deutschland. Schnelles Handeln ist notwendig.

*Interview: Carl Christian Jancke*

## Link-Tipp

Ausschnitte aus den Diskussionen auf dem Databund-Datenschutz-Forum sind zu finden unter:

- [www.databund.de](http://www.databund.de)

Weitere Links finden Sie unter [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de).